



Pressemitteilung

Andreas Richter
Vorsitzender
Schafheckenweg 5
0157 72622552

Michael Friedt
Stv. Vorsitzender
Knosbergstraße 15
admin@michael-friedt.de

Höchst, den 30.01.2017

Haushaltsrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Andreas Richter
Haushaltsberatung der Gemeinde Höchst im Odenwald am 30.01.2017.
Haushalt der Gemeinde Höchst für das Jahr 2017

Sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindevertretung,
Sehr geehrter Herr Gemeindevertretervorsitzender Klein,
sehr geehrte Herren des Gemeindevorstands,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Bitsch,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

zunächst, wie immer, möchte ich zu Beginn auch diesmal den Damen und Herren der Gemeindeverwaltung, insbesondere Herrn Verwaltungsbetriebswirt Koch sowie den weiteren Budgetverantwortlichen und nicht zuletzt Herrn Bürgermeister Horst Bitsch für die frühe Einbringung des Etats 2017 im Dezember 2016 danken.

Bedanken möchte ich mich auch dafür, dass im Vorfeld der Beratungen zum Haushalt 2017 der SPD-Fraktion genügend Zeit gegeben wurde, Fragen zu klären, Wünsche zum Etat zu äußern und diese Wünsche dann auch im Etat berücksichtigt zu sehen. Auch dies übrigens nichts neues und Usus; vielen Dank an dieser Stelle für diese kooperative und konstruktive Zusammenarbeit.

Das wichtigste zuerst:

Die SPD-Fraktion wird dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2017 und dem Stellenplan, so wie auch den vergangenen Haushaltsplänen, im Grunde ja seit 2011, wieder ihre Zustimmung geben.

Ein Meilenstein ist erreicht. Der Etat ist ausgeglichen. Ordentlichen Erträgen und Finanzerträgen in Höhe von rund 20,48 Millionen Euro stehen ordentliche Aufwendungen und Zinsaufwendungen in gleicher Höhe gegenüber.

Doch trotz dieser wahrlich guten Nachricht will sich zwar Zuversicht, nicht aber Freude oder gar Stolz, wie der Bürgermeister bei seiner Einbringung zum Haushalt formulierte, einstellen.

Die Nachricht, der Etat sei ausgeglichen, bedeutet nicht, dass die Gemeinde nun plötzlich über unbegrenzte Geldmittel verfügen könne, um alle möglichen Wünsche zu erfüllen; es bedeutet nur, dass die Ausgaben beispielsweise für die Bedienung der Kredite, also die Zinsen, durch Einnahmen gedeckt werden können. Die Tilgung beispielsweise von Krediten ist dabei gar nicht berücksichtigt. Die Entwicklung der Schulden ist weiterhin unbefriedigend. Wies der Gesamtschuldenstand Ende 2013 noch eine Summe von 11,84 Millionen Euro aus, so waren dies Ende 2015 immer noch 10,77 Millionen Euro. Auch 2017 werden neue Kredite für Investitionen in Höhe von fast 800 Tsd. Euro benötigt. Die schwierige Aufgabe in den nächsten Jahren wird also sein, nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren, sondern tatsächlich die Schulden abzubauen, damit die Zinslast der Gemeinde zu senken ohne die Lebensqualität in unserer Gemeinde zu verschlechtern. Gelingt uns auch dies, dann können wir darauf stolz sein.

Während die Gemeinde Schulden und Schuldendienst direkt beeinflussen kann, sind es andere von der Gemeinde nicht zu beeinflussende Faktoren, die sich auf die Haushaltslage negativ oder auch positiv auswirken, sei es eine höhere oder niedrigere Kreis- und Schulumlage, höhere oder niedrigere Steuereinnahmen oder Schlüsselzuweisungen oder gar das Wetter, in einem heißen Sommer steigen die Erträge des Freibads, die Unterdeckung reduziert sich.

Wie jedes Jahr wieder, so auch dieses Jahr, nenne ich als Beispiel die stetig steigende Kreis- und Schulumlage.

Doch Halt, tatsächlich gilt dies dieses Jahr nur noch für die Schulumlage, sie ist gestiegen, wenn auch nur marginal.

Die Kreisumlage ist nicht gestiegen, das ist die gute Nachricht, die schlechte Nachricht ist, das sie aber auf dem hohem Niveau von 2016 verharrt.

Alleine in den vergangenen 5 Jahren (2011 bis 2016) stieg die Kreis- und Schulumlage zusammen von etwa 4,3 Mio. Euro auf jetzt 6,3 Mio. Euro, also um etwa 2 Mio. Euro, eine satte Steigerung und nicht leicht zu schultern. Aber immerhin, von 2016 auf 2017 scheint Stillstand eingetreten zu sein, ein vorsichtiger Dank an den neuen Landrat Frank Matiaske scheint angebracht zu sein.

Wie dem auch sei, wir haben dem vorgelegten Haushalt, so wie von der Kommunalaufsicht gefordert, ausgeglichen gestalten können.

Dies ist auch deshalb möglich geworden, weil die Höchster Gemeindevertretung in den letzten Jahren zusammen mit dem Bürgermeister und dem Gemeindevorstand die Weichen in Richtung Konsolidierung gestellt hat. Wir meint also auch Wir!

Der vorgelegte Haushalt bestätigt diesen Kurs. Die nach der Kommunalwahl gebildete Koalition aus SPD und KAH in Höchst steht für diesen Kurs und wird ihn in den nächsten Jahren fortsetzen. Sagen was ist, machen was geht könnte dabei die Devise sein. Wir wollen die vorhandenen Mittel sparsam und dabei sinnvoll einsetzen, die Infrastruktur sanieren und verbessern, die Lebensqualität in der Gemeinde erhöhen, dabei gleichzeitig nicht an der Steuerschraube drehen.

Trotz oder gerade wegen dieser vorsichtigen sparsamen Haushaltsausgabepolitik gelingt es auch im Etat 2017, wichtige kommunalpolitische Vorhaben umzusetzen.

Dank der Entwicklung des Steueraufkommens bei der Grundsteuer B seit letztem Jahr auf über 1 Million Euro, deshalb konnte der Steuersatz ja auch in 2017 unverändert auf 390 v.H. belassen werden, der Entwicklung der Gewerbesteuer auf über 1,5 Mio. Euro und der Steigerung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer auf über 5 Millionen Euro ist für lange schon anstehende wichtige Investitionen und Maßnahmen Platz im Haushalt.

Ein besonders Anliegen war der SPD-Fraktion dabei, dass endlich die Sanierung beziehungsweise der Neubau des Dorfgemeinschaftshauses Pfirschbach angegangen wird. Es wird zunächst dieses Jahr Geld zur Vorplanung zur Verfügung gestellt. Damit soll zunächst festgestellt werden, ob eine Sanierung möglich ist und welche weiteren Kosten dann in 2018 entstehen werden.

Auch ein Neubau kommt dann in Frage, wenn eine Sanierung nicht mehr möglich sein sollte aus wirtschaftlichen Gründen. Das Dorfgemeinschaftshaus in Pfirschbach stellt für den Ortsteil ein wichtiges infrastrukturelles Gut dar, solche Begegnungsstätten gerade in kleinen Ortsteilen müssen unbedingt erhalten werden, damit dort die Dorfgemeinschaft überlebt. Kritisch sehen wir dabei, dass im Grunde alle Nahversorger in den kleinen Ortsteilen verschwunden sind.

Umso wichtiger sind solche Begegnungsstätten, aber auch die Sicherstellung der Mobilität gerade älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger muss zukünftig eine zentrale Rolle in der gemeindlichen Politik einnehmen, eine Idee aus dem Wahlprogramm der SPD-Höchst ist dabei ein regelmäßig verkehrender Ortsteilbus, der aber leider noch nicht realisiert ist. Wir werden daran arbeiten, versprochen. Natürlich ist es in diesen Zusammenhang schön, wenn der Haushalt Gelder für die Errichtung einer öffentlichen Stromtankstelle für Fahrräder vorsieht, doch so richtig erschließt es sich mir nicht, wie im ländlichen Raum damit die Mobilität wirklich gesteigert werden soll, nach wie vor sind die Ladezeiten sehr lang; laut Stiftung Warentest kostet die durchschnittliche Ladung eines Fahrrad-Akkus zwar nur 10 Cent, dauert aber je nach Akku 2-4 Stunden. Und wer will denn an einer öffentlichen Tankstelle 4 Stunden warten?

Weitere für uns wichtige kommunalpolitische Themen waren auch dieses Jahr wieder die Sicherstellung des Brandschutzes, für das neu zu beschaffende Tank-

löschfahrzeug in 2018 wurden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 250.000 Euro eingestellt. Der notwendige Austausch von Atemschutzgeräten wird sich auf 45.000 Euro belaufen.

Begrüßt haben wir die Fortführung des Straßen- und Gehwegbaus. Beispielhaft zu nennen ist hier die Weiterführung des Straßen- und Gehwegbaus in der Bgm. Heusel Str., der Gehwegbau Gartenstraße und Krautgartenweg sowie der Straßenbau Am Lutherheim. Wir kommen damit unserer Verpflichtung nach, Gemeindeinfrastruktur zu erhalten. Allerdings wird die Gemeinde in den nächsten Jahren ihre Anstrengungen in diesem Bereich erhöhen müssen; viele Straßen sind in einem schlechten Zustand. Möglicherweise kann sich der Prüfantrag „Wiederkehrende Straßenbeiträge“ der Koalition aus SPD/KAH dabei positiv auswirken; die Prüfung wird aber abgewartet werden müssen.

Bei Investitionen im Bereich der Kinderspielplätze war und ist die SPD-Fraktion pragmatisch vorgegangen. Wir wissen, dass im Hause der Wunsch besteht, ein Gesamtkonzept für die Spielplätze der Gemeinde Höchst zu erstellen. Dafür haben wir Verständnis, für uns war es aber wichtiger, dass zunächst Finanzmittel für den Austausch alter unsicherer oder sogar defekter Spielgeräte gegen neue Geräte zur Verfügung gestellt werden; so im Bereich der Kinderspielplätze Hummetroth (neue Schaukel), Pestalozzistraße (neue Schaukel und Wippe) sowie Pfirschbach (neues Spielgerät) statt in einen Gesamtplan zu investieren; lassen sie es mich platt sagen: lieber die Schaukel auf dem Spielplatz als den Plan in der Hand.

Lassen Sie mich nun zu zwei weiteren Themenschwerpunkten Anmerkungen machen, die sich erstmals direkt auf den Etat 2017 auswirken.

Zum einen zum Integrierten Kommunalen Entwicklungskonzept: Im September 2016 fand der Koordinierungstermin zum Abschluss des Integrierten Kommunalen Entwicklungskonzepts, kurz IKEK, mit der WI-Bank Hessen statt. Dort wurde ein Sockelbetrag festgelegt, der den Förderrahmen für die öffentlichen Projekte bildet. Die Gemeinde hat für Vorhaben im Rahmen des IKEK Mittel zur Verfügung gestellt. Die aus dem IKEK entwickelten Projekte sollen dann, sofern Finanzmittel verfügbar, bis 2022 realisiert werden. Die SPD-Fraktion verspricht

sich deutliche infrastrukturelle Verbesserungen innerhalb der Gemeinde, die durch dieses Programm ausgelöst werden. Dabei bitte ich aber die Bürgerinnen und Bürger um Nachsicht, nicht alles, was in den Gruppen erarbeitet wurde, kann zeitnah auch umgesetzt werden. Insgesamt hat mich aber die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an der Planungsphase beeindruckt; hier zeigt sich, dass Bürgerinnen und Bürger jenseits der politischen Parteien an der Entwicklung der Gemeinde mitwirken wollen, wenn sie einen Rahmen erhalten. Dies ist eine wichtige Erkenntnis auch für gemeindlichen Gremien.

Zum anderen zum Gesetz zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm, kurz KIPG. Im Rahmen des KIPG werden für die Gemeinde Höchst Mittel in Höhe von 1,037 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, dabei 784 Tsd. Euro aus dem Kontingent Bundesprogramm, 253 Tsd. Euro aus dem Kontingent Landesprogramm als Darlehensprogramm. Aus den Kontingenten werden gemäß Beschluss der Gemeindevertretung für das Landeskontingent infrastrukturelle Maßnahmen (Straßen- und Gehwegbau, Sanierungsvorhaben Parkplatz Ärztehaus, Bürgerhaus) sowie für das Bundeskontingent energetische Maßnahmen (Bauhof Unimog, Sanierung Rathaus/Bürgerhaus, Sporthalle Hassenroth u.a.) realisiert. Ohne die Zuschüsse aus diesem Gesetz hätten die Maßnahmen aus dem Regelhaushalt finanziert werden müssen; dies wäre ob der weiterhin angespannten Finanzsituation aber wohl gar nicht möglich gewesen. So allerdings besteht die Möglichkeit, diese Maßnahmen in 2017 zu realisieren, wobei gleichzeitig der Regelhaushalt entlastet wird.

Ein vorletzter Hinweis sei erlaubt: In der letzten Haushaltsberatung war ein Thema, Kindergartenplätze kostenfrei anzubieten.

Ich berichtete im Rahmen meiner letzten Haushaltsrede, das die hessische Landes-SPD; an der Spitze Thorsten Schäfer-Gümbel, eine Initiative gestartet hatte, damit in Hessen zukünftig die Kindergartenplätze kostenlos angeboten werden können.

Finanziert werden sollte dies durch die Besserstellung des Landes Hessen bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs ab 2020; etwa 600 Millionen werden

dann dem Land zusätzlich zur Verfügung stehen. Bis dahin müsse man darüber nachdenken, schon jetzt mit den ersten Schritten zu beginnen und das erste und zweite Kindergartenjahr kostenfrei zu gestalten, so Thorsten Schäfer-Gümbel.

Leider wurde dieses Vorhaben von CDU/Grünen mittlerweile abgelehnt.

Der Grünen-Sozialpolitiker Marcus Bocklet nannte den Vorschlag der Sozialdemokraten, ein weiteres Kindergartenjahr gebührenfrei zu machen, „unseriös“. Der CDU-Abgeordnete Ralf-Norbert Bartelt urteilte, die SPD wolle „mal wieder Geld ausgeben, das es noch gar nicht gibt“. Die Grünen setzten andere Prioritäten, als die Gebühren abzuschaffen. „Aus unserer Sicht ist es zunächst wichtig, die Zahl der Betreuungsplätze auszubauen“, sagte der Abgeordnete Bocklet. Das hatte sowohl bei CDU als auch bei den Grünen vor der schwarz-grünen Koalition noch anders geklungen. Im Übrigen läuft die Aussage des Herrn Bocklet bei uns ins Leere, meines Wissens gibt es genug Betreuungsplätze in der Gemeinde. Das Argument, man müsse das Angebot erst ausbauen, bevor man über Gebührenfreiheit verhandeln könnte, ist ein rhetorisches Scheinargument, ein Totschlagargument, anwendbar in allen Lebenslagen! Und, Herr Bocklet, unseriös, wenn Sie schon davon sprechen, unseriös ist es, wenn die hessische Landesregierung Millionen Steuergelder für den Flughafen Kassel Calden verbrennt, noch unseriöser ist, wenn die hessische Landesregierung unter den Motto „Jäger tragen zum Naturschutz bei“ 2015 zu einer feudalen Jagdgesellschaft für 120 ausgewählte Teilnehmer in ein Fünf-Sterne Hotel inklusive Abendveranstaltung lädt, die grüne Umweltministerin dies auch noch verteidigt und der Steuerzahler dafür 22.000,- Euro bezahlen muss. Das können sie, wenn sie es nicht glauben, übrigens im Schwarzbuch nachlesen. Das, Herr Bocklet, ist für mich unseriös und zwar im höchsten Maße unseriös.

Von der Idee, kostenfreie Kindergartenplätze in Höchst anzubieten; müssen wir uns wohl leider zunächst verabschieden. Das Land wird unter der schwarz-grünen Regierung der Gemeinde entsprechende Gelder nicht zur Verfügung stellen. Alleine die Gemeinde, die in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben, durch die Landesregierung verordnet, übernehmen musste, ohne eine hinrei-

chende finanzielle Ausstaffierung durch das Land, kann eine Gebührenfreiheit nicht stemmen. Wer kostenfreie Kindergartenplätze haben möchte, muss SPD wählen.

Last but not least, also zu guter Letzt, möchte ich den Augenmerk auf den Stellenplan lenken. In den letzten Jahren war dies eigentlich immer nur eine Fortschreibung der in der Gemeinde angesiedelten Stellen, erweitert um die zu erwartende Tarifierhöhung, die einzuplanen war.

Dieses Jahr gibt es dort im Bereich der Jugendarbeit eine wesentliche Änderung. Gegenüber dem letzten Haushaltsjahr wurde im Bereich der Jugendarbeit eine neue ganze Stelle in der Entgeltgruppe S11b etatisiert.

In die Entgeltgruppe S 11 werden staatlich anerkannte Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen oder staatlich anerkannte Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen mit entsprechender Tätigkeit oder sonstige Beschäftigte mit vergleichenden und gleichwertigen Fähigkeiten und Erfahrungen mit entsprechenden Tätigkeiten, eingestellt.

Die Gemeinde Höchst hat nach Anträgen von, ich glaube allen in der Gemeindevertretung vertretenen Parteien, nunmehr die Stelle des Jugendpflegers ausgewiesen. Dies ist ein deutliches Signal, dass sowohl Verwaltung als auch Parlament den Bereich der Jugendarbeit sehr ernst nehmen. Aber: Schon im Jahr 2014 wurde bereits der Versuch unternommen, einen Jugendpfleger zu installieren. Dies ist leider fehlgeschlagen. Das damalige, lassen sie mich das mal beschreiben als „mobiles“ Teilzeit-Modell, war nicht erfolgreich und setzte sich nicht durch. Diesmal müssen wir sorgfältiger vorgehen, aus den Fehlern lernen.

Alleine mit einer Einstellung wird es daher nicht getan sein, weitere Maßnahmen müssen dann in Absprache mit dem Jugendpfleger oder der Jugendpflegerin folgen. Wir dürfen nicht so blauäugig sein und meinen, mit einer Einstellung sei dann in diesem Bereich alles erledigt; dann wären wir wieder im Jahr 2014; aber ich glaube, dies ist allen Parteien auch sehr bewusst.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich abschließend sagen, dass wir uns auf einem guten Weg befinden. Lassen sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Andreas Richter, SPD-Fraktionsvorsitzender